



Antrag

der Fraktionen der CDU und der FDP

Unfall im Kernkraftwerk Brunsbüttel

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag in der 21. Tagung schriftlich über den letzten Unfall im Kernkraftwerk Brunsbüttel zu berichten. Der Bericht möge in chronologischer Ausführung u. a. Stellung nehmen zu:

- dem Ausmaß des Unfalls,
- den zeitlichen Ablauf des Informationsflusses,
- die jeweiligen Bewertung des Unfalls durch den Betreiber, die Landesregierung und die Bundesregierung,
- die Begründung des Betreibers für das späte Bekannt geben des Unfalls,
- Presseberichten, nach denen der technische Kraftwerksdirektor in Brunsbüttel bereit gewesen sei, das Kernkraftwerk für eine Inspektion herunterzufahren, daran jedoch durch den Vorstand des Betreibers verhindert worden sei,
- den Stillstandszeiten des Kernkraftwerkes Brunsbüttel in den letzten 10 Jahren sowie ihren jeweiligen Ursachen sowie
- dazu den um die Dauer der Stillstände geführten Rechtsstreitigkeiten mit ihrem jeweiligen Ausgang.

Dr. Christel Hapach-Kassan
und Fraktion

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock
und Fraktion